

*DIE PRÄSIDENTIN DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN*

Düsseldorf, 11. Oktober 1991

An den  
Vorsitzenden  
des Hauptausschusses  
Reinhard Grätz MdL  
  
im Hause



**Sitzung des Hauptausschusses am 17.10.1991**

**hier: Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung des  
Abgeordnetengesetzes**

Sehr geehrter Herr Kollege,

in der Sitzung des Hauptausschusses am 26.09.1991 hat Frau Kollegin Höhn um eine Gegenüberstellung der einzelnen Leistungen, insbesondere auch der Versorgung, nach den übrigen Abgeordnetengesetzen gebeten.

Dieser Bitte bin ich mit den beiliegenden Tabellen nachgekommen.

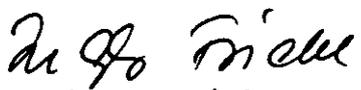
In diesem Zusammenhang möchte ich Sie darüber informieren, daß zur Zeit beim Bundesverfassungsgericht zwei Klageverfahren zum Abgeordnetenrecht anhängig sind. Während in dem einen Verfahren (Vorlage 11/710) von zwei thüringischen Landtagsabgeordneten ausschließlich die Verfassungswidrigkeit der sogenannten Funktionszulagen für Fraktionsvorsitzende, parlamentarische Ge-

schäftsführer, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Ausschußvorsitzende nach dem thüringischen Abgeordnetengesetz gerügt wird, für die es in Nordrhein-Westfalen eine in dieser Form direkt vergleichbare Regelung nicht gibt, werden in dem zweiten Verfahren (Vorlage 11/773) durch eine rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete eine Reihe von Regelungen verfassungsrechtlich in Frage gestellt, die dem nordrhein-westfälischen Abgeordnetengesetz entsprechen oder zumindest vergleichbar sind. So wird in diesem Verfahren zum Beispiel gerügt, daß

- die Festsetzung von Aufwandsentschädigungen ohne empirische Grundlage verfassungswidrig sei
- das Fehlen einer Anrechnung von Renten aus der öffentlichen Rentenversicherung auf die Abgeordnetenentschädigung eine Verletzung des Rechts auf formale Gleichstellung mit anderen Mitgliedern des Landtags darstelle
- die Gewährung von Übergangsgeld für eine Zeit von mehr als 12 Monaten und die Nichtanrechnung aller Einkünfte oder nicht selbständiger Tätigkeit auf dieses Übergangsgeld gegen das Grundgesetz verstoße
- das Entstehen eines Anspruchs auf Altersversorgung bereits ab einem Zeitpunkt zwischen der Vollendung des 55. und des 60. Lebensjahres gegen Artikel 28 Abs. 1 Satz 1 und Artikel 48 Abs. 3 Grundgesetz verstoße
- die Gewährung der Höchstversorgung von 75 v. H. der Entschädigung bereits nach 20jähriger Zugehörigkeit zum Landtag verfassungswidrig sei.

Aus Gründen des Ansehens des Parlaments und der Bedeutung und Stellung des Bundesverfassungsgerichts halte ich es daher für empfehlenswert, zur Zeit keine inhaltlichen Änderungen des Abgeordnetengesetzes vorzunehmen, sondern erst die Entscheidungen des Gerichts abzuwarten, die bei vorsichtiger Einschätzung für das Frühjahr 1992 zu erwarten sein dürften.

Mit freundlichen Grüßen

  
Ingeborg Friebe

Zahlungen an Abgeordnete (Parlamente in der Bundesrepublik Deutschland)  
nach dem Stande der Dokumentation Parlamentsspiegel vom 29. Juli 1991

Parlament	Entschädigung	a) Aufwandsent- schädigung	b) Km-Pauschale/ Entschädigung	zusätzliches Tagegeld pro Sitzung	Übernachtungsgeld
1. Bund 14.11.90	9.664,--	5.443,--	durch a abge- golten	durch a abge- golten	§ 17 a) Inlandsdienstreisen: Übernachtungsgeld nach höchster Reise- kostenstufe des Bundes- reisekostengesetzes  b) Auslandsdienstreisen: höchste Reisekosten- stufe des Bundesreise- kostengesetzes Zu a und b: Erstattung unvermeidbarer Mehrkosten auf Nachweis
2. Baden- Württemberg (Teilzeit- mandat) 1.8.91	6.539,--	1.829,-- + 693,--  + 150,-- (für Mitgl. UA)  für Mitgl. des PetA: 1.829,-- + 987,--	515,-- bis 1.287,--	durch a abge- golten	§ 6 Abs. 3 § 9 a) nach höchster Klasse und Stufe des Landes- reisekostengesetzes; auf Nachweis Ersatz der tatsächl. angemessenen Übernachtungs- kosten bis 200,-- DM pro Nacht  b) Auslandsdienstreisen: höchste Klasse und Stufe des Landesreise- kostengesetzes  Dies gilt nicht, soweit der Landtag die entstehenden Kosten übernimmt.
3. Bayern 15.11.90	8.301,--	4.448,--	durch a abge- golten	durch a abge- golten	Art. 10 a) Für Reisen außerhalb des Freistaates Bayern (innerhalb der Bundes- republik): nach höchster Klasse und Stufe des Reisekostengesetzes  b) Auslandsdienstreisen: wie a
4. Berlin (Teilzeit- Mandat) 21.3.91	4.790,--	1.300,--	durch a abge- golten	durch a abge- golten	§ 9 a) Reiser innerhalb der Bundesrepublik: nach höchster Klasse und Stufe in entsprechen- der Anwendung der für Landesbeamte geltenden Vorschriften  b) Auslandsdienstreisen: wie a

Parlament	Entschädigung	a) Aufwandsent- schädigung	b) Km-Pauschale/ Entschädigung	zusätzliches Tagegeld pro Sitzung	Übernachtungsgeld
		c) Aufwendungen für Beschäftigung von Mitarbeitern			
5. Brandenburg 22.11.90	3.500,--	1.100,--  c) 400,--	bis 30 km 250,-- je 30 km 250,--	durch a abge- golten	§ 9 a) außerhalb des Sitzes des Landtags übernimmt die Kosten das Land  b) Auslandsdienstreisen: Reisekostenstufe C
6. Bremen (Teilzeit- mandat) 14.12.90	3.872,--	674,--	durch a grund- sätzlich abge- golten 35,-- Fahrt- kostenpauschale für Abgeordnete, die in Bremer- haven wohnen, bei Sitzungen in Bremen und Abgeordnete, die in Bremen wohnen, bei Sitzungen in Bremerhaven, sofern Kfz.-Benutzung	30,-/35,- /Bei Sitzungen über 5 Std. 2 Sitzungs- gelder; bei Sitzungen, die nicht am Wohnort des Abg. stattfinden, 35,-; Erwerbsausfall 30,-/Std. - höch- stens 4 Std./Tag	§ 10 Entschädigung nach den für Senatoren geltenden Reisekostenbestimmungen
7. Hamburg 26.6.91	- Aufwandsentschädigung nach altem Recht -  Die Abgeordneten der Bürgerschaft erhalten monatliche Aufwandsentschädigung i.H.v. 1.920,-- auf Nachweis: + 700,- Bürokosten - einmalig 1.000,- (nur für angemietetes Büro)	200,--		40,--	§ 6 Für Reisen außerhalb der Freien und Hansestadt Hamburg Entschädigung nach den für Senatoren geltenden Reise- kostenbestimmungen
		c) 1. bis zur Hälfte nach BAT II a oder Pauschale DM 535,30 gem. § 2 AufwEntschG  2. Assistent für Vorsitzenden und Schriftführer des Haushaltsausschusses bis BAT I A; Assistent für Vorsitzenden und Schriftführer des Ausschusses für Arbeit, Jugend und Soziales und des Ausschusses für Fragen des Umweltschutzes bis BAT II a gemäß Haushaltsbeschluß			
8. Hessen 18.10.89	10.200,--	800,--	Reisekostenent- schädigung 0,42 je km (Erhöhung bei Änderung des Landesreisekosten- gesetzes) bei Pkw- benutzung	durch a abge- golten	§ 6 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 a) Übernachtungsgeld in sinngem. Anwendung des Hess. Reisekostengesetzes  b) Für Übernachtungen außer- halb Hessens notwendige Auslagen auf Nachweis  c) Auslandsreisen: wie b)
		c) bis zur Hälfte BAT VIb			
9. Mecklenburg- Vorpommern 20.12.90	3.500,--	a) 1.600,--  c) bis zu 1.130,--	b) 0,42/km	40,--/Sitzung	§ 12 a) 39,--, auf Nachweis auch mehr  b) Auslandsdienstreisen: doppeltes Tage- und Übernachtungsgeld; auf Nachweis mehr

Parlament	Entschädigung	a) Aufwandsent- schädigung	b) Km-Pauschale/ Entschädigung	zusätzliches Tagegeld pro Sitzung	Übernachtungsgeld
		c) Aufwendungen für Beschäftigung von Mitarbeitern			
10. Niedersachsen 4.3.91	7.840,--	1.800,--	Reisekostenent- schädigung 0,42 je km Fahrtstrecke bei Kfz.-Be- nutzung	20,- bis 50,- (Bemessung nach km); bei Teilnahme an Sitzungen am Vor- und Nachmit- tag desselben Tages von mehr als 5 Std. Dauer 30,- bis 60,- je nach Fahrstrecke	§ 12 a) Inlandsreisen 39,-; auf Nachweis Ersatz der tatsächlich entstandener Kosten. Festsetzung eines Höchst- betrages durch den Präsidenten b) Auslandsreisen: wie a
		c) Zuschuß bis zu 900,-- mtl. sowie jährl. einmalig bis zu 900,--			§ 8 Deckt die Entschädigung nach § 12 nicht die tat- sächlich entstandenen notwendigen Reisekosten. kann der Präsident eine zusätzliche Entschädigung gewähren.
11. Nordrhein- Westfalen 9.10.90	7.230,--	2.081,-- (Kürzung bis zu 500,-, wenn Leistung nach c zusteht)  + 460,-	655,- bis 1.286,-  a) Übernachtung am Sitz des Landtags mit eingeschlossen  b) bei vorherigem schriftlichen An- trag kann der Präsident zusätzl. Entschädigung für Fahrtkosten im Lande gewähren.	durch a abge- golten	§ 10 Abs. 5 Für Inlands- und Aus- landsdienstreisen trägt das Land die notwendigen Über- nachtungskosten.
		c) nach Maßgabe des Haushalts- gesetzes			
12. Rheinland- Pfalz	7.460,51	1.950,--  - 550,--	200,- bis 865,- bzw. 0,42/km	durch a abge- golten	§ 6 Abs. 4 Für Inlands- und Aus- landsdienstreisen, bei Übernachtungen außerhalb des Wohnsitzes, Über- nachtungsgeld in Höhe der nachgewiesenen Kosten; dies gilt nicht, soweit der Landtag die Kosten übernimmt.
	Gemäß § 5 Abs. 3 ist das Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonder- wendung sinngemäß anzuwenden.				
		c) bis zu einem Drittel von BAT VII			
13. Saarland 27.2.91	7.475,--	1.760,--	150,- bis 250,- zzgl. f. 16 Fahr- ten 0,42/km Fahrtstrecke Wohnort - Landtag und zurück	50,-; für not- wendige Reise- tage halbes Tagegeld	§ 9 a) Reisen außerhalb des des Saarlandes (inner- halb der Bundesrepub- lik): Übernachtungsgeld nach höchster Reisekosten- stufe des Landesreise- kostengesetzes; dies gilt nicht, soweit der der Landtag die Kosten übernimmt.  b) Auslandsreisen: wie a

Parlament	Entschädigung	a) Aufwands- schädigung	b) km-Pauschale/ Entschädigung	zusätzliches Tagegeld pro Sitzung	Übernachtungsgeld
		c) Aufwendungen für Beschäftigung von Mitarbeitern			
14. Sachsen 26.2.91	3.500,--	1.800,--	1.000,-- bis 50 km 1.200,-- bis 100 km 1.350,- bis 150 km 1.500,- über 150 km 1.750,-	durch a abgegolten	§ 6 Abs. 3 a) Außerhalb des Wohnsitzes gilt der Höchstsatz des Landesreisekostengesetzes oder auf Nachweis ange- messene Übernachtungs- kosten. b) Auslandsdienstreisen: Höchste Klasse und Stufe des Landesreisekosten- gesetzes
15. Sachsen- Anhalt 24.1.91	4.832,--	1.600,-- + bis 500,- c) bis zu 1.500 5.000,-- Einrichtungskosten einmalig	200,- bis 1.150,-	40,- bis 60,-	§ 11 a) 39,-; auf Nachweis mehr b) Auslandsdienstreisen: höchste Reisekostenstufe Bundesreisekostengesetz
16. Schleswig- Holstein 14.6.91	6.360,--	1.600,--	Pauschalen für: a) Fahrten im Wahlkreis: 84,- (städtischer Wahlkreis) oder 336,- (ländlicher Wahlkreis) b) Fahrten zu Sitzungen: 200,- bis 1.150,- oder 0,42/km auf Einzel- nachweis	440,--Pauschale oder 40,- pro Sitzungstag	§ 12 a) Inlandsreisen (innerhalb des Landes): 39,-; auf Nachweis Erstattung der tatsächl. Kosten b) Inlandsdienstreisen (außerhalb Schleswig- Holsteins, Hamburgs und Nordschleswigs): s. a) c) Auslandsdienstreisen: doppeltes Übernachtungs- geld; auf Nachweis Erstattung der tatsäch- lichen Kosten
17. Thüringen 7.2.91	13 x 3.500,--	1.600,-- + 500,-- BAT V: b mindestens bis in Höhe von 2.100,- netto 5.000,-- einmalige Büro- ausstattung/Wahlperiode	200,- bis 600,--	durch a abgegolten	§ 9 Abs. 4 a) bis zu 200,- für jede mandatsbedingte Übernachtung b) Auslandsdienstreisen: Auslandsreisekosten- verordnung

	Bundestag	Baden- Württemberg	Bayern - Landtag -	Berlin	Brandenburg	Bremen
<b>Altersent- schädigung</b>						
- Mindestvor- aussetzung Dauer/Alter	8 Jahre/65 bis 18 Jahre/55	8 Jahre/60 bis 13 Jahre/55	8 Jahre/65 bis 18 Jahre/55	7 Jahre/63 bis 20 Jahre/./.	8 Jahre/65 bis 18 Jahre/55	8 Jahre/60 bis 12 Jahre/56
- Mindestver- sorgung	35 % / 3.383,--	35 % / 2.288,65	35 % / 2.906,--	45 % / 2.156,--	33 % / 1.155,--	20 % / 749,60
- Höchstver- sorgung	75 % / 7.248,--	75 % / 4.904,25	75 % / 6.226,--	75 % / 3.593,--	75 % / 2.625,--	75 % / 2.811,--
- Erreichen der Höchst- vers. nach x Jahren	18 Jahre	16 Jahre	18 Jahre	13 Jahre	20 Jahre	20 Jahre
- Steige- rungssätze	35 % / 8 Jahre	35 % / 8 Jahre	35 % / 8 Jahre	45 % / 7 Jahre	33 % / 8 Jahre	20 % / 8 Jahre
o Sockel	4 %	5 %	4 %	5 %	3,5 %	6 % 9.- 12.Jahr 4 % ab 13. Jahr
o Steige- rung nach Sockel	4,17 %	4,69 %	4,17 %	7,513 %	3,75 %	3,75 %
o durch- schnittl. Steige- rung						

	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz
<b>Altersent- schädigung</b>						
- Mindestvor- aussetzun- gen		6 Jahre/55	8 Jahre/60 bis 11 Jahre/55	8 Jahre/55	8 Jahre/60 10 Jahre/55	8 Jahre/60 bis 13 Jahre/55
- Mindestver- sorgung						
Prozent/ Betrag	29 % / 2.958,--	35 % / 1.225,--	38,5 % / 3.018,40	33 % / 2.386,--	33 % / 2.462,--	33 % / 2.462,--
- Höchstver- sorgung						
Prozent/ Betrag	75 % / 7.650,--	75 % / 2.625,--	75 % / 5.880,--	75 % / 5.423,--	75 % / 5.596,--	75 % / 5.596,--
- Erreichen der Höchst- vers. nach x Jahren	22 Jahre	16 Jahre	19 Jahre	20 Jahre	20 Jahre	20 Jahre
- Steige- rungssätze						
o Sockel Prozent/ Jahre	29 % / 6 Jahre	35 % / 8 Jahre	38,5 % / 8 Jahre	33 % / 8 Jahre	33 % / 8 Jahre	33 % / 8 Jahre
o Steige- rung nach Sockel	3 %	5 %	3,5 %	3,5 %	3,5 %	3,5 %
o durch- schnittl. Steige- rung	3,41 %	4,69 %	3,95 %	3,75 %	3,75 %	3,75 %

	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
<b>Altersent-</b>					
<b>schädigung</b>					
- Mindestvor-	8 Jahre/60	8 Jahre/60	6 Jahre/55	8 Jahre/63	4 Jahre/55
aussetzung		bis		bis	
Dauer/Alter	10 Jahre/55	13 Jahre/55		12 Jahre/55	
- Mindestver-					
sorgung	35 % /	35 % /	38,5 % /	35 % /	29 % /
Prozent/	2.093,--	1.225,--	1.860,--	2.226,--	1.015,--
Betrag					
- Höchstver-					
sorgung	75 % /	75 % /	75 % /	75 % /	75 % /
Prozent /	4.485,--	2.625,--	3.624,--	4.770,--	2.625,--
Betrag					
- Erreichen					
der Höchst-	16 Jahre	18 Jahre	16 Jahre	18 Jahre	20 Jahre
vers. nach					
x Jahren					
- Steige-					
runge					
o Sockel	35 % /	35 % /	38,5 % /	35 % /	29 % /
Prozent/	8 Jahre	8 Jahre	6 Jahre	8 Jahre	4 Jahre
Jahre					
o Steige-					
runge nach	5 %	4 %	5 % ab. 9. Jahr	4 %	3 %
Sockel					
o durch-					
schnittl.					
Steige-	4,69 %	4,17 %	4,69 %	4,17 %	3,75 %
runge					

	Bundestag	Baden- Württemberg	Bayern - Landtag -	Berlin	Brandenburg	Bremen
<b>Übergangsgeld</b>						
- Mtl. Betrag	9.664, --	6.539, --	8.301, --	4.790, --	3.500, --	3.748, --
- Höchstbe- zugsdauer	36 Monate	24 Monate	24 Monate	18 Monate	24 Monate	12 Monate
- Halber Be- trag/dop- pelte Zeit möglich?	ja	ja	ja	ja	nein	ja
- Anrechnung privater Einkünfte	nein	nein	nein	nein	nein	nein

	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz
<b>Übergangsgeld</b>						
- Mtl. Betrag		10.200, --	3.500, --	7.840, --	7.230, --	7.460,51
- Höchstbe- zugsdauer		12 Monate		18 Monate	24 Monate	20 Monate
- Halber Be- trag/dop- pelte Zeit möglich?		nein	nein	nein	ja	ja
- Anrechnung privater Einkünfte?		ja	ja	ja	nein	nein

	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Übergangsgeld	5.980, --	3.500, --	4.832, --	6.360, --	3.500, --
- Mtl. Betrag	24 Monate	24 Monate	24 Monate	30 Monate	(x13) 12 Monate
- Höchstbezugsdauer					
- Halber Betrag/doppelte Zeit	ja	nein	nein	ja	nein
- Anrechnung privater Einkünfte?	nein	nein	ja	ja	ja

	Bundestag	Baden- Württemberg	Bayern - Landtag -	Berlin	Brandenburg	Bremen
<b>Anrechnungs- bestimmungen Anrechnung von</b>						
- Einkommen aus dem öff. Dienst	ja	ja	ja	ja	ja	ja
- Versorgung aus dem öff. Dienst	ja	ja	ja	ja	ja	ja
- Ministerge- halt/-ver- sorgung	ja	ja	ja	ja	ja	ja
- Renten	nur bei Abg.-Ver- sorgung	ja	ja	nein	nein	nein
- Sonstiges						

	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz
<b>Anrechnungs- bestimmungen Anrechnung von</b>						
- Einkommen aus dem öff. Dienst		nein	ja	ja	ja	ja
- Versorgung aus dem öff. Dienst		ja	ja	ja	ja	ja
- Ministerge- halt/-ver- sorgung		ja	ja	ja	ja	ja
- Renten		ja	ja	nein	nein	nein
- Sonstiges			ja Anrechnung von privaten Einkünften auf Versor- gung			

	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
<b>Anrechnungsbestimmungen</b>					
<b>Anrechnung von</b>					
- Einkommen aus dem öff. Dienst	ja	nur bei Abg.-Versorgung	nur bei Abg.-Versorgung	nur bei Abg.-Versorgung	nur bei Abg.-Versorgung
- Versorgung aus dem öff. Dienst	ja	ja	nur bei Abg.-Versorgung	nur bei Abg.-Versorgung	ja
- Ministergehalt/-versorgung	ja	ja	ja	ja	ja
- Renten	ja	nein	nur bei Abg.-Versorgung	nur bei Abg.-Versorgung	ja
- Sonstiges			private Einkünfte bei Abg.-Versorgung	private Einkünfte bei Abg.-Versorgung	

	<b>Bundestag</b>	<b>Baden- Württemberg</b>	<b>Bayern - Landtag -</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>	<b>Bremen</b>
Versorgung vor 1980 Anrechnung auf andere Leistungen aus öff. Kassen		keine Anrechnung auf betriebliche Versorgung	keine Regelung			

	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	<b>Nieder- sachsen</b>	<b>Nordrhein- Westfalen</b>	<b>Rheinland- Pfalz</b>
Versorgung vor 1980 Anrechnung auf andere Leistungen aus öff. Kassen					nein	keine Anrechnung auf betriebliche Versorgung

	<b>Saarland</b>	<b>Sachsen</b>	<b>Sachsen-Anhalt</b>	<b>Schleswig-Hol- stein</b>	<b>Thüringen</b>
Versorgung vor 1980 Anrechnung auf andere Leistungen aus öff. Kassen	keine Anrechnung auf betriebl. Altersversorgung				

	Bundestag	Baden- Württemberg	Bayern - Landtag -	Berlin	Brandenburg	Bremen
<b>Wer stellt Gesundheits- schäden fest?</b>	öff.-rechtl. Kranken- anstalten/Be- scheid über Rente wegen Berufs-/Er- werbsunfä- higkeit/ Dienstunfä- higkeit	keine Regelung	keine Regelung	keine Regelung	Amtsarzt am Sitz des Landtags	keine Regelung

	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz
<b>Wer stellt Gesundheits- schäden fest?</b>		keine Regelung	keine Regelung		Amtsarzt am Sitz des Landtags	keine Regelung

	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Hol- stein	Thüringen
<b>Wer stellt Gesundheits- schäden fest?</b>	Amtsarzt, öff.- rechtl. Kranken- anstalt, Uni- versitätskli- nik, Rentenbe- scheid, Be- scheid wegen Dienstunfä- higkeit	keine Regelung	keine Regelung	keine Regelung	keine Regelung

	<b>Bundestag</b>	<b>Baden- Württemberg</b>	<b>Bayern - Landtag -</b>	<b>Berlin</b>	<b>Brandenburg</b>	<b>Bremen</b>
<b>Freifahrtbe- rechtigung</b>	Deutsche Bundesbahn im Bundes- gebiet	Deutsche Bundesbahn innerhalb des Landes, einschl. Bundes- hauptstadt	Staatl. verkehrs- einrichtun- gen in Bayern, Städt. Ver- kehrsmittel München	öff. Ver- kehrsmittel im Besitz Berlins	Deutsche Bundesbahn/ Reichsbahn/ Bundespost innerhalb des Landes Brandenburg einschl. Freifahrt- scheine für Berlin	

	<b>Hamburg</b>	<b>Hessen</b>	<b>Mecklenburg- Vorpommern</b>	<b>Nieder- sachsen</b>	<b>Nordrhein- Westfalen</b>	<b>Rheinland- Pfalz</b>
<b>Freifahrtbe- rechtigung</b>	Verkehrs- verbund Großbereich Hamburg	Staatl. Verkehrs- einrichtun- gen inner- halb Hes- sens		Innerhalb des Landes: Regelmäßig verkehrende öff. Ver- kehrsmittel u. Bundes- bahn nach Bonn	Deutsche Bundesbahn/ Bundespost innerhalb des Landes	öff. Ver- kehrsmittel

	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
Freifahrtberechtigung		Eisenbahn innerhalb Sachsens	Regelmäßig verkehrende öff. Verkehrsmittel in Sachsen-Anhalt und zur Hauptstadt/Sitz der BReg./des BRates		Deutsche Reichsbahn des Landes

	Bundestag	Baden- Württemberg	Bayern - Landtag -	Berlin	Brandenburg	Bremen
Anwesen- heitslisten - Pro Tag - höchstens - Abzüge - bei Nicht- eintrag o Plenum o Sonstige Sitzun- gen	1	1	2	1	2	2
	30,--/90,-- /150,--	70,--	40,--	50,--	30,--	Zahlung je Eintrag 30,--
	30,--/90,--	70,--	40,--	50,--	30,--	

	Hamburg	Hessen	Mecklenburg- Vorpommern	Nieder- sachsen	Nordrhein- Westfalen	Rheinland- Pfalz
Anwesen- heitslisten - Pro Tag - höchstens - Abzüge - bei Nicht- eintrag o Plenum o Sonstige Sitzun- gen			1		3	1
	Zahlung von 40,-- bzw. Abzug von 20,--		Zahlung von 40,-- bzw. Abzug von 40,--	Zahlung von 20,-- bis 60,-- je nach Entfer- nung	30,-- 30,--	Zahlung je Eintrag 40,--

	Saarland	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schleswig-Holstein	Thüringen
<b>Anwesenheits-</b> <b>listen</b> - Pro Tag höchstens - Abzüge bei Nichteintrag o Plenum o Sonstige Sitzungen	1  Zahlung je Eintrag 50,--	1  30,--/70,-- /120,-- 30,--/70,--	1  Zahlung von 40,-- bis 60,- -	1  40,-- <u>oder</u> Zahlung von 40,--	1  50,--  50,--